

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 61 (1981)
Heft: 6

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare

IMAGINÄRER PARIA

Titel von deutschen Büchern über die je nachdem «Rest»-, «West»- oder «Kern»-Deutschland genannte Bundesrepublik: «Grenzen des Wunders» (Willy Schlamm), «Wohin treibt die Bundesrepublik?» (Karl Jaspers), «Das Unbehagen in der Bundesrepublik» (Hans Dichgans), «Ein schwieriges Vaterland» (Greiffenhagen), «Die entmutigte Republik» (von Hentig), «Kein schöner Land?» (Anthologie), «Die verunsicherte Republik» (Sontheimer), «Die deutsche Neurose» (Aufsatzreihe), «Die ungeliebte Republik» (Lattmann).

Die beiden Titel mit Fragezeichen haben ebenso viel mit Zweifel und Unbehagen zu tun wie die anderen. Unbehaglich, schwierig, entmutigt, verunsichert, neurotisch, ungeliebt – niemand wird behaupten können, dass Auftrumpfen, Mangel an Selbstkritik Merkmale der Bücher über «diesen Staat» sind, wie er von seinen Bürgern gern distanziert genannt wird.

Merkwürdig, dass das zuversichtlichste Buch über die Bundesrepublik vom Schweizer Fritz René Allemann geschrieben wurde und den seither unzählige Male zustimmend oder mit neuen Krisenängsten zitierten Titel trägt: «Bonn ist nicht Weimar». In verneinernder Form, in der sich das historische Trauma der Instabilität ausdrückt, ein zuversichtlich bejahendes Buch, das einem damals erst sechs Jahre alten «Gebilde» Lebensfähigkeit attestierte, eine Prognose der Bewahrung und Bewährung stellte, die bis-

her trotz Unbehagen, Entmutigung, Neurose usw. nicht dementiert wurde.

Der Leser mag einwenden, alarmierende Buchtitel seien keine deutsche Spezialität. Hat doch Minister Alain Peyrefitte «Le mal Français» geschrieben, am ehesten mit «Die französische Krankheit» zu übersetzen. Es mangelt nicht an Büchern, die die USA, England, Italien als «krank» darstellen. Doch hat die Beschleunigung, mit der beunruhigte und beunruhigende Bücher über Deutschland erscheinen, keine Entsprechung in der politischen Literatur anderer Völker. Wenn zu den Buchtiteln Titel von Zeitschriftenaufsätzen genommen werden, solche wie «Land ohne geistigen Schatten», so darf von einer spezifisch deutschen Katzenjammer-Literatur gesprochen werden. Die Beobachtung von Johannes Gross – im Sammelband über die deutsche «Neurose» –, wonach die sichtbare Verdrossenheit der führenden bundesdeutschen Persönlichkeiten weit über alle sachlichen Begründungen hinausgeht und eher schon ein Stil ist, entspricht diesen Buchtiteln.

An Selbsterkenntnis, an Kritik, nicht nur politischer, sondern auch nationaler Mängel und Untugenden, sind die Deutschen nunmehr ebenso Weltmeister wie sie es vor 40 Jahren an auftrumpfender Überheblichkeit gewesen sind. Wenn das beidemal Verallgemeinerungen sind, und das eine Mal die gutgelaunte, das andere Mal die schweigende Mehr- oder Min-

derheit übergehen, so ist das erlaubt, denn es handelt sich um eine Prägung, und bei allem Respekt vor unausgeloteten Tiefen darf man sich zunächst an das Sichtbare, an die Oberfläche halten.

Damit bin ich bei einer Erfahrung, die sich in etlichen Gesprächsrunden bestätigt hat: es gibt eine deutsche Neigung zur «Tiefe am falschen Ort», eine Tiefe, die nicht erst dann ergründelt wird, wenn sich die «Oberflächen»-Argumente als unzureichend erwiesen haben, sondern sofort. So habe ich profunde nationalpsychologische Gründe für den Drang deutscher Ferienreisender in ferne Länder gehört und Reflexionen über das Bedenkliche solchen massenweisen Auftretens in südlichen Ländern. Die naheliegenden Gründe des Klimas und der Bademöglichkeiten wurden hinsichtlich dieses Dranges nach Süden nicht in Betracht gezogen; zu sorgenvoller Selbstkritik eignen sie sich weniger.

Trifft es zu, dass die Bundesrepublik für Ausländer, die hier kurz oder lang verweilen, in höchstem Mass unattraktiv ist? Wer etwa Reinhard Lettaus Bemerkungen über die ihn beklemmende deutsche Vulgarität in Gaststätten wie überhaupt im Alltag der deutschen Städte liest, der muss sich wundern, dass keiner der vielen französischen Berichte auch nur entfernt so abstossend klingt, dass weder Berlin noch München dem Ausländer als abscheuliche Städte gelten, in denen er nie spazieren mag.

Dass Fremde hier viel mit Behörden und mit Stempeln aller Art zu tun haben, dass ausländische Studenten, besonders wenn sie anderer Hautfarbe sind, hier sehr schwer Quartier

und Anschluss finden, mag leider zutreffen – nicht aber, dass es überall sonstwo ganz anders zuginge.

Mit fremden Augen

Wie ist die intensive Aufmerksamkeit, die deutsche Medien den Meinungen des Auslands widmen, zu erklären? Reagiert ein Volk, dessen Intellektuelle in der Kritik der Zustände und der Geistesart im eigenen Land nicht geizen, überempfindlich auf die Kritik der andern? Ist das Selbstverständnis, um das es ringt – oder um das in seinem Namen Intellektuelle ringen – so abhängig von einem «Fremdverständnis»? Ist das Bewusstsein dessen, was man ist, so stark beeinflusst vom Bild – vom «image» –, das die andern haben?

Wenn es sich so verhält, haben wir es tatsächlich mit einer deutschen Eigentümlichkeit zu tun, denn Franzosen, Engländer, Amerikaner stellen sich die entsprechende Frage viel seltener und jedenfalls anders. Auf das «How do you like America?» wird wie auf «Wie geht es Ihnen?» eine kurze positive Antwort erwartet, und ein Engländer würde eine solche Frage nicht erst stellen. Ob es einmal eine Reaktion auf diese gebannte Aufmerksamkeit geben wird, einen größeren Gleichmut – es muss nicht Gleichgültigkeit sein – gegenüber dem «Blick des andern»? Zum Thema «Wie sehen Sie Deutschland?» gibt es ganze Reihen von Büchern. In Frankreich ist mir keine Enquête bekannt, die eine entsprechende Wissbegier ausdrückt.

Bei Selbstverständnis wie bei Selbstbestimmung liegt das Problem in der ersten Silbe. Wer ist dieses «Selbst»?

Nach 1945 entfaltete sich eine neue deutsche Weltoffenheit, die sich markant in deutsch-amerikanischen Publikationen wie «Die neue Zeitung» und «Der Monat» ausdrückte. Auch in «Der Ruf», in «Texte und Zeichen» – die Beispiele liessen sich vermehren. Bald danach setzte auch ein starkes ausländisches Interesse an den Nachkriegsdeutschen ein. Der neuen Weltöffnenheit der Deutschen entsprach mit etwa vierjährigem Abstand eine neue Deutschland-Offenheit der Welt. Besonders stark war das Interesse der Franzosen. Es reichte – und blieb bis heute – ein «engouement», eine Faszinertheit gegenüber allem Deutschen. Mit der langen Reserve der holländischen oder norwegischen «Germanen» kontrastierte diese französische Neugier und Erwartung eigenständlich. Die wechselseitige Idealisierung zwischen Heidegger-Verehrern in Frankreich sowie Sartre- und Camus-Lesern in Deutschland ist nicht ganz vergangen. Seltsamerweise bleibt bei den Franzosen mehr davon als bei den Deutschen. Jedes Jahr erscheinen französische Romane mit Titeln wie «Lorelei», die in Deutschland spielen; Michel Tourniers «Erlkönig» ist der bekannteste. Die Ausstellung «Paris-Berlin» im Centre Pompidou war zugleich wie ein Rausch und wie eine Erhellung.

Mit Zuwendung zur deutschen Sprache hat dieses Interesse leider wenig zu tun. Was einst als selbstverständliche Grundlage von Europäertum galt, die Fähigkeit, sich in zwei bis drei Sprachen auszudrücken, ist hüben und drüben zurückgegangen. Darin sind die Partner Schmidt-Giscard keine Ausnahme, und man muss froh sein, dass wenigstens Eng-

lisch die Rolle der Verständigungssprache übernimmt.

Das deutsche «Image» ... Zu ihm gehört das Verständnis der Zweistaatlichkeit und weckt leise Angst, weil – so ist die Meinung – die beiden Deutschland und ihre Politiker, was sie auch sagen mögen, zueinander streben. Sämtliche Kommentare über Deutschland des einflussreichen amerikanischen Kolumnisten Walter Lippmann gingen davon aus, dass die Deutschen in erster Linie gesamtdeutsche Nationalisten seien. Die Wahl von Bonn zur provisorischen Hauptstadt galt als Evidenz. Das entsprach ja dem «Vichy» des besieгten Frankreich. Frankfurt am Main – das wäre die Wahl einer richtigen Hauptstadt gewesen. Solches war in Amerika, England, Frankreich zwanzig Jahre hindurch regelmässig zu lesen.

Überholter Kontrast

Es gab im Ausland diese Gleichung: Westdeutschland bedeutet Wirtschaftswunder, Ostdeutschland (der Begriff «Mitteldeutschland» ist nicht übersetzbаr, war dem Ausland nie fassbar) war ein Kulturwunder. Hier Hochöfen, dort Brecht, der neue Film, Felsensteins Oper. Das spukte noch in den Köpfen, als es längst nicht mehr stimmte.

Heute sind die international bekannten deutschen Namen: Herzog, Schröter, Fassbinder, Grass, Böll, Peter Stein, Stockhausen, Beuys. Da ist kaum ein Namen aus dem Kulturleben der DDR. Das hat nichts mit «überflügeln» zu tun, alles mit kultureller Selbstverstümmelung, Auszehrung durch Repression und Zensur im Kulturleben der DDR. Kein westliches

Verdienst, ein östliches Eigengoal. Für die Aussenwelt und nicht nur für die westliche – man frage Polen, Tschechen, Ungarn! – gilt heute die Bundesrepublik als «Deutschland».

Nach Konrad Adenauers Einsicht sollte diese Bundesrepublik ein solider, den Demokratien als eindeutiger Partner annehmbarer Staat sein, und das wurde sie. Es war damals schwerer, als heute den meisten bewusst ist. Die deutsche Sozialdemokratie wurde zunächst – so entschied ein Kongress in Zürich – nicht in die Internationale aufgenommen, deren Präsident derzeit Willy Brandt ist. Kurt Schumacher wurde damals von manchen europäischen Genossen wie ein Verfemter behandelt. In den oft aufschlussreichen deutschen Jubiläumsbüchern zu «Dreissig Jahre Bundesrepublik» werden die Mühen und Peinlichkeiten dieses Anfangs nicht immer hinreichend deutlich gemacht.

Damals war bei den Sozialdemokraten das Nationalbewusstsein des «unteilbaren Deutschlands» am stärksten. Besonders wurden frühere verfolgte Emigranten die eifrigsten Rufer zu mehr nationalem Bewusstsein, und sie waren von der geringen Resonanz im Volk enttäuscht.

Was ist heute das «Selbst» des deutschen Selbstverständnisses? Günter Gaus verlangte kurz vor dem Ende seiner Mission in Ostberlin in einem Gespräch in «Die Zeit» «Zuneigung» der Westdeutschen zum «andern Staat» – ein Gefühl, das oft dem eigenen Staat Bundesrepublik nicht entgegengebracht wird, und das man ohnehin wie jedes Gefühl nicht als «verdammte Pflicht und Schuldigkeit» fordern kann.

Günter Grass spricht von einer

übergreifenden Kulturstiftung als Klammer der deutschen Gemeinsamkeit. Da immer häufiger Schriftsteller und Künstler, die im sozialistischen Staat der DDR aufgewachsen sind und sich selber durchaus als Sozialisten verstehen, durch Ausweisung oder faktisches Berufsverbot nach Westen gezwungen werden, ist offenbar auf keinem Gebiet die Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten so gross wie gerade im Bereich der schöpferischen Kultur.

Auf vielen praktischen Gebieten – Wirtschaft, Strassenbau usw. – gibt es Verzahnungen, Interessengemeinschaften, doch gerade nicht in der Kulturpolitik. Zwischen einem Staat ohne und einem Staat mit Zensur und Publikationsmonopol, zwischen einem Staat, der Ausbürgerung nicht kennt, und einem, der sie praktiziert, lässt sich das nicht institutionalisieren. Von einem Hochspielen im Westen, von einer besonderen kritiklosen Förderung solcher Schriftsteller kann keine Rede sein – und dennoch wird darüber viel und schablonenhaft geredet. Es gilt im Gegenteil darauf zu achten, dass westdeutsche Verlage nicht bestimmte dem Osten unliebsame Schriftsteller benachteilen, um nicht lohnende Koproduktionen technischer Bücher zu verlieren.

Verkannte Asymmetrie

Anerkennung der Zweistaatlichkeit als gewundener Weg zur Einheit – es mutet ein wenig übersubtil an, war aber vertretbar. Heute ist es eher Anerkennung der Zweitstaatlichkeit, um im Dialog zu bleiben – ein bescheideneres, aber immer noch realistisches Ziel. Auch wenn es weniger erbringt

als erwartet – keine Alternative ist erkennbar. Doch wird zu oft und zu denkfaul im Symmetrieverhältnis gedacht, etwa: Adenauer und Ulbricht, die beiden Separatisten, oder unterschiedslos: Repression hier und dort – es ist alles eins.

Das Verkennen einer fundamentalen Asymmetrie ist die nicht öffentlich ermittelte, aber unleugbare Sehnsucht nach deutscher Gemeinsamkeit bei vielen Bürgern der DDR und das Schwinden einer solchen Sehnsucht bei den Deutschen, vor allem den jüngeren Generationen, in der Bundesrepublik. Hier zeigen die Meinungsumfragen eine von Jahr zu Jahr geringere Sympathie oder gar Leidenschaft für die Vereinigung, ein immer geringeres Interesse am «anderen Deutschland». Man überlege, was das westdeutsche Fernsehen für die Deutschen drüben bedeutet, verglichen mit dem Interesse hier am Fernsehen der DDR. Oder an die Rolle der D-Mark im Osten. Wo ist da Symmetrie?

In der Bundesrepublik wächst kein nationaler Drang aus völkischen Tiefen, den weise oder ängstliche Politiker bremsen müssten. Eher hören wir obligate Politikerreden über die deutsche Einheit, die wenig Widerhall finden. Haben die Bürger der DDR mehrheitlich ein «positives Interesse an ihrem Staat», das die Bundesdeutschen erkennen? Man liest es, und es mag zutreffen, aber niemand könnte voraussagen, dass es sich bewähren würde, wenn eine wirkliche Möglichkeit der Wiedervereinigung auf anderer Grundlage als der des DDR-Systems gegeben wäre. Man liest auch, dass die DDR mindestens im Keim ein «anderes Österreich» – ein weiterer Staat deutscher Kultur, aber poli-

tischer Eigenart – sein könnte, vorausgesetzt, die Bundesrepublik verstehe diesen Ansatz zu hegen und alles, was ihn hemmen könnte, zu eliminieren.

Häufig schreiben aufgeklärte westdeutsche Intellektuelle über die Berliner Mauer mit feinstem Humor – z. B. in «Transatlantik» – oder nennen vertriebene DDR-Autoren «Touristen», wie leider Walter Boehlich es tat. Autoren, die in der DDR leben und dort bleiben möchten, betonen, wie sehr ihnen an Lesern und an der Kritik der Bundesrepublik liege. Wiederum gilt das nicht umgekehrt, fehlt die Reziprozität. Wolf Biermann, der unfreiwillige Emigrant aus der DDR, ist Sänger der deutschen Einheit wie das kein bundesdeutscher Poet ist oder sein könnte (vgl. H. Kluncker in Heft 11/1980, S. 891). Und welche Symmetrie besteht denn zwischen einer Jugend, der die Welt offen ist, und einer, die noch nie das westliche Deutschland besuchen durfte?

Das geteilte Deutschland – ein «unhaltbarer Zustand»? Wenige Bundesdeutsche und sehr viel mehr DDR-Deutsche empfinden es so, obgleich in der Bundesrepublik viel darüber zu lesen ist und in der DDR aus zwingenden Gründen nie. Vom deutschen Nationalbewusstsein schreibt Sybille Wirsing: «Im Osten ein politisches Tabu, im Westen ein politisches Cliché.»

Lauter Sonderfälle

Immerhin, die Klage «Alle anderen bis in die kleinste ozeanische Insel dürfen sich als Nation bestimmen, nur wir Deutschen nicht» hört man in der Bundesrepublik oft. Es würde nicht

fruchten, an das geteilte Korea zu erinnern, an die Südvietnamesen, denen die Wiedervereinigung, so wie sie vollzogen wurde, wenig Glück gebracht hat. Das liegt zu weit ab. Die Meinung, es sei selbstverständlich eine Nation in einem Staat zu bilden, gilt als Evidenz. Da wäre es an der Zeit zu bedenken, dass Deutschland zwar ein Sonderfall ist, aber einer in einem «Europa der Sonderfälle».

Der deutsche Sonderfall darf nicht von heute aus und nur von der Spaltung her gesehen werden. In der deutschen Geschichte hat das «Vornationale» eine grössere Bedeutung gehabt als in Frankreich. Prag war eine deutsche Kaiserstadt, Elsässer trugen zur deutschen Kultur bei wie Schweizer, Österreicher. Von den Wolgadeutschen bis zu den Mennoniten in Amerika, die altdeutsche Bibeln lesen, gab es eine deutsche «Diaspora». Das Dritte Reich hat sie verspielt, zerstört, in einen «grossdeutschen» Begriff gezwängt, für den «das Deutsche» in Wahrheit zu gross war – von einer Weite, die andere europäische Nationen in fremden Kontinenten fanden, aber nicht in Europa.

Das ist das eine. Das andere ist die Fehleinschätzung dessen, was die anderen «Nationen» waren, wie sie wurden, was sie sind. Die meisten europäischen Nationen sind nicht naturhaft «gewachsen», sondern vom Staat geformt worden, zum Teil auch einfach erobert wie später die Kolonien. Nach der Epoche der grossen Imperienschöpfungen blieben die Nationalstaaten durch die «Entkolonialisierung» Restbestände von Reichen. Was ist Portugal heute, verglichen mit jenem Portugal, das von Brasilien bis Macao ging? Zu Frankreich gehörten

Algerien, das dem Innenminister unterstand, und viele andere Teile Afrikas, die kulturell vom französischen «Rayonnement» bestimmt waren.

Was ist das «Selbstverständnis» der Belgier? Kann sich ein Flame mit einem Walonen darüber einigen, ob es *ein* Belgien und ob es überhaupt ein *Belgien* gibt? Die Entkolonialisierung schlägt nunmehr zurück auf die «Mutterländer», die Basken, Katalanen, Bretonen, Korsen, Schotten regen sich. Ihr Regionalbewusstsein ist zugleich ethnisch, tendiert zu «Mini-Nationalismus», zu neuer Staatsbildung. Die Schotten hatten im britischen, die Korsen im französischen Empire viele Vorteile, bildeten einen beachtlichen Teil der kolonialen Kader. Seit die Imperien verlorengingen, ist auch der Zusammenhalt daheim geringer. Die Separatismen wachsen. Aus diesen Gründen ist Deutschland mit seinen weltpolitisch bestimmten Souveränitätsschranken, mit seiner auferlegten Spaltung gewiss ein Sonderfall – aber die «Normalität» der anderen europäischen Nationalstaaten ist nicht mehr was sie war.

Andere Europäer bewundern oft die Bundesrepublik als Modell einer beneidenswert stabilen Gesellschaft. Das ist jenseits aller Ärgernisse und Stimmungsumschläge die Grundstimmung. Sind sich die Deutschen dessen bewusst? Sie sprechen von ihrer Besonderheit meist im demütigendsten Sinn – sei es in Selbstanklage, sei es in Beschuldigung anderer. Niemand außer ihnen selber sieht sie als Paria unter den Nationen. Auch glaube ich nicht, dass sie es mehrheitlich tun, doch ihre Historiker, ihre Publizisten drücken ein Unbehagen aus, das nicht mit den sehr realen Nöten der Jugend,

besonders der Studenten, und mit ihrem Protest verwechselt werden darf, denn es hat eher mit einem «Phantomschmerz» zu tun.

Nach 35 Jahren eines «nicht normalen» Zustands tut ein Blick in die Welt not, in der die Bundesrepublik als eine der normalsten, funktions tüchtigsten Demokratien der Gegenwart gilt.

Es gibt ein übersteigertes deutsches Krisenbewusstsein, das allerdings nicht so gefährlich ist wie das einst so irrwitzige Sendungsbewusstsein eines «Volkes von Herrenmenschen» – doch wiederum pathologische Züge trägt. Was sich da für Diagnose hält, ist oft nur Symptom. Eher als durch Klagen

und Anklagen könnte das durch den nüchternen Vergleich mit den Sorgen der anderen gedämpft werden. Auch dann bleiben immer noch genug Probleme, Nöte, Konflikte.

Doch beides: die Selbstanklage «Unser Staat ist besonders schlecht» und die Beschuldigung Verbündeter «Warum lasst ihr uns keine geeinte Nation sein?» gehen gleichermaßen von einer Verkennung der Wirklichkeit und der Proportionen aus, von jener imaginären Paria-Situation, die zur insgesamt erfolgreichen, respektablen, weltweit anerkannten Schöpfung der «Bundesrepublik Deutschland» nicht recht passt.

François Bondy

DER ENGERE SPIELRAUM

Vor und nach der wohl vorbereiteten Moskaureise des vorigen Sommers stand Helmut Schmidt, weltpolitischer Krisenmanager Nr. 1, auf dem Gipfel seines Ansehens. Nie zuvor und nie nachher hat die Bundesrepublik solch einen Einfluss ausgeübt. Nicht Giscard mit seiner überraschenden, aber dilettantischen Warschaureise ebnete das Terrain, der Kanzler vermochte die vielbeklagte «Sprachlosigkeit» zu überwinden und Breschnew zur Wiederaufnahme der Gespräche über eurostrategische Mittelstreckenraketen zu bewegen. Schmidt ging dabei von dem aus, was einer seiner Mitarbeiter nach Afghanistan «die gesamteuro päische Betroffenheit zwischen Paris und Warschau» nannte. Der Kanzler animierte die Europäer diesseits und jenseits der Demarkation, jeweils innerhalb ihres Blocks auf die beiden Weltmächte mäßigend einzuwirken

und die – wenn auch nur auf Europa beschränkte – Entspannung im eigenen geopolitischen Interesse zu retten.

Europa sollte weder, wie Paul Valéry nach dem Ersten Weltkrieg die politische Geographie der Welt plötzlich vor sich sah, bloss das Vorgebirge Asiens sein, noch die atlantische Geogenküste Amerikas, wie es in jüngster Zeit amerikanischem strategischem Denken entspricht, sondern sein eigenes Gewicht haben. Gierek und Honecker sah der Bundeskanzler als seine heimlichen Kontrahenten für diese Politik der block-internen Mässigung an. Zwei entgegengesetzte Konzepte – westliche Solidarität und europäische Eigeninteressen – sollten damit vereinigt, ein Hochseilakt zwischen unverbrüchlicher atlantischer Zuverlässigkeit und deutscher Ost beziehungsweise europäischer Entspannungspolitik vollführt werden.

- Der ersten Auffassung zufolge bildet der Westen eine durch gleiche geistig-moralische und Freiheitswerte determinierte Einheit, die diese Staaten und Völker zur gemeinsamen Abwehr der sowjetischen Bedrohung verpflichtet, ob sie sich als militärisches Potential, politische Erpressung oder Gefährdung der in den Weiten der Dritten Welt lagernden Rohstoffquellen ausdrückt. Das Gemeinschaftsinteresse bricht hiernach das Partikulare; die atlantische Verteidigung hat Vorrang vor eigenstaatlichen Sozialausgaben.

Soviel westliche Harmonie ist freilich mehr Wunsch als Wirklichkeit, weil jene relativ kurze Nachkriegsära, da die USA über das nukleare Monopol verfügten und die Außenpolitik der Verbündeten weitgehend bestimmten, ein historischer Ausnahmezustand war und inzwischen vorüber ist. Die Machtgewichte haben sich soweit verschoben, dass die kleineren Verbündeten, jedenfalls in normalen Zeiten, ein gewisses Mass eigener Interessen durchsetzen können, und dass Allianzentscheidungen nur nach Konsultation und Abstimmung erfolgen können.

- Davon ausgehend entwickeln die Europäer, westliche, neutrale und ansatzweise auch östliche – einer zweiten, in gaullistischer Nachfolge stehenden Auffassung nach – wachsende Gemeinsamkeiten, die sie schliesslich einen dritten Weg neutralistisch eingefärbter Selbständigkeit einschlagen, ja zu einer dritten Kraft werden lassen könnten.

Wo freilich die Einigkeit und die Machtmittel für diese Politik herkommen sollen, bleibt das Geheim-

nis der «Europa-Neutral»-Ideologen, die die militärisch-strategische Dimension der Außenpolitik ebenso unterschätzen wie die «Einheit des Westens» – Theoretiker sie überschätzen.

Die Regierung Schmidt/Genscher suchte und sucht den Kompromiss zwischen diesen Auffassungen, weil die an zwei Warschauer-Pakt-Staaten grenzende Bundesrepublik die Ost-West-Konfrontation mehr fürchtet und an der Entspannung mehr profitiert als die anderen Länder. Die Normalisierung brachte Reiseerleichterungen, die dem Zusammenhalt der Nation dienen (seit einigen Wochen spricht plötzlich auch DDR-Staatsratsvorsitzender Honecker von einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten – unter sozialistischen Vorzeichen); die Sicherung der Zugangswege nach Berlin, eine Öffnung insbesondere zu den osteuropäischen Staaten, nicht zuletzt als Folge der KSZE und Osthandel in einer Zeit negativer Leistungsbilanz, stagnierender Wirtschaftsentwicklung und beträchtlicher Arbeitslosigkeit.

Für die USA hingegen hatte die Entspannungspolitik enttäuschende Ergebnisse: Militärisches, insbesondere nukleares und maritimes Aufholen der Sowjetunion, die ihren Einflusskreis überdies durch unilaterale, dem Nixon-Breschnew-Wohlverhaltens-Abkommen von 1972 zuwiderlaufende Aktivitäten (von Angola bis Afghanistan) erweiterte und damit eine Rangverminderung der USA bewirkte. Diese Entwicklung ist nun gewiss nicht nur eine Folge der Détente (beziehungsweise ihrer amerikanischen Fehlinterpretation als Frieden

und weltweiter status quo, wo doch die Sowjets nie einen Zweifel daran gelassen haben, dass sie den «internationalen Klassenkampf» fortführen und «nationale und soziale Befreiungsbewegungen» unterstützen würden), sondern ebenso der Vietnam-Niederlage und der innenpolitischen und institutionellen Krisen durch und nach Watergate. In der amerikanischen Eigenperzeption aber ist die Entspannung die Ursache des Niedergangs. Für die Bundesrepublik ergab sich daraus der Zwang, ihre Einschätzung der Entspannungspolitik mit den amerikanischen Interessen in Einklang zu bringen, wohl wissend, dass sie der amerikanischen Unterstützung buchstäblich als Existenzgrundlage bedarf, dass ein transatlantischer Schnupfen für sie die Pneumonie-Gefahr bedeutet, dass sie in Moskau nur soviel wert ist, wie sie in Washington Einfluss hat und dass sie nur in diesem Rahmen Handlungsfähigkeit besitzt.

Verminderter Handlungsspielraum

Die polnischen Ereignisse veränderten diese Lage von Grund auf. Die drohende Haltung der Sowjetunion angesichts der freiheitlichen Forderungen der «Solidarität», deren Gefährlichkeit für das imperiale Vorfeld der Sowjets sich nicht bezweifeln lässt, förderte die weltpolitische Polarisierung. Gierek stürzte, Schmidt musste auf geplante Besuche bei ihm und Honecker verzichten. Sein auf der «gesamteuropäischen Betroffenheit» basierendes Konzept liess sich nicht aufrechterhalten. Der Handlungsspielraum der Bundesrepublik wurde enger.

Aussen- und innenpolitische Veränderungen traten hinzu, die diese Ent-

wicklung verstärkten. Ronald Reagan schlägt neue Töne an, fordert, dass die Sowjets sich ändern, bevor ernsthafte Verhandlungen, auf die Bonn so nachdrücklich besteht, anvisiert werden, gar ein Gipfel zustande kommt. Die Bundesregierung bemüht sich um gute Beziehungen zu den USA. Der Kanzler betont und wiederholt: «Unsere grundlegende aussenpolitische Orientierung steht nicht zur Disposition.» Die neue US-Administration wird geschont, ihr wird Einarbeitungsfrist zugestellt, eine verlängerte nach dem Attentat, die an Carters Zeiten erinnernden widersprüchlichen Grundsatzserklärungen Haigs und Weinbergers werden offiziell überhört, noch zu einer Zeit, da der stets für eine harte Linie eintretende ECONOMIST (unter der Überschrift «Reconciling Haigberger») in bezug auf die Nahostreise des Aussenministers feststellte: «Nähere Bekanntschaft mit der Welt könnte einige der starken, sicheren und simplen Auffassungen von Reagans Washington modifizieren. Von den europäischen Reisen des Verteidigungsministers lässt sich solches nicht sagen.» Die Bundesregierung spielt auf Zeit und setzt darauf, dass die neuen Männer in Washington durch den freundschaftlichen Umgang mit den europäischen Verbündeten und die ersten diplomatischen Erfahrungen ihre Schwarz-Weiss-Vorstellungen abschleifen und differenzieren werden.

Eine weitere Erschwerung bringt auch die veränderte Einstellung Frankreichs. Paris nähert sich entschieden dem amerikanischen Standpunkt an, dass die Kremlführer nur die Sprache der Stärke verstehen; Giscard zeigt sowjetischen Emissären die kalte

Schulter – die Sonderbeziehungen aus der Ära Pompidou sind vergessen; François-Poncet hält sich gleich nach Reagans Amtsantritt länger in Washington auf als je zuvor, erklärt den Begriff «détente» für überholt; er entspreche nicht mehr den weltpolitischen Gegebenheiten. Ob das Frankreich des Präsidenten Mitterrand die in der Ost-West-Politik dezidiert pro-amerikanische Haltung fortsetzen wird, lässt sich zur Zeit der Drucklegung dieses Beitrags noch nicht übersehen. Zu diesem Stimmungswandel, der die enge politische Kooperation zwischen Bonn und Paris (von Nahost-Initiativen bis Polenumschuldung, auch gegen amerikanische Wünsche) nicht behindert, hat die traditionelle Polenfreundlichkeit der Franzosen ebenso beigetragen wie Giscards Enttäuschung über Breschnews nicht eingehaltene Ankündigung eines Teilrückzugs der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan, die er bei dem EG-Gipfel in Venedig als «Erfolg» seiner Warschau-Reise präsentierte. Die Annäherung an die USA begünstigt weiter das gesteigerte französische Selbstbewusstsein: Frankreich hat seinen Rüstungsetat um 4 Prozent erhöht, während die übrigen Europäer die vereinbarte 3-Prozent-Marge nicht erreichten; seine Force de frappe hat ein beachtliches Potential erreicht; die französische Nationalbank hat sogar eine Zeitlang die notleidende D-Mark stützen müssen – und keine innenpolitische, parlamentarische oder ausserparlamentarische Opposition engt die Handlungsfreiheit des Präsidenten ein.

Ganz im Gegensatz dazu hat es der Bundeskanzler zunehmend schwerer, sich innerhalb der Bevölkerung einen

Konsensus und innerhalb der Partei und Koalition die erforderlichen Mehrheiten für seine Politik zu schaffen. Das Prestige vom vorigen Sommer verblasste darüber weitgehend; die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die der Regierung nicht mehr wie bisher erlauben, in kritischen Situationen durch einen Griff in die Kasse Auswege zu eröffnen, hat diesen Prozess gefördert.

Anti-Amerikanismus

Sorgen bereitet das anti-amerikanische Syndrom. Hierin fliessen unterschiedliche Strömungen zusammen, die sich zu einem höchst unbekömmlichen, vielleichtbrisanten politischen Gemisch verbinden können. Einmal sind es utopische, die sowjetischen Realitäten einfach ausser acht lassende Ideen, die in gewissen progressiven Kreisen als zeitgemäß empfunden werden, einer gewaltlosen Friedensordnung – «Frieden schaffen ohne Waffen», soziale Verteidigung usw. Diese pazifistischen, schon vor einigen Monaten vom Bundesverteidigungsminister angesprochenen Ideen verweben sich mit kontinental-europäischen Vorstellungen, auf die sich der Kanzler selbst im vorigen Jahr bezogen hatte – freilich bei nie in Frage gestellter NATO-Treue, bei ausdrücklicher Ablehnung jedes dritten Weges. Die Europa-Neutral-Ideologen propagieren aber gerade diesen dritten Weg, wobei sie bezeichnenderweise zwischen Amerikanern und Sowjets keinen Unterschied machen – trotz Totalitarismus, Breschnew-Doktrin und sozialistischem Internationalismus, der die Bewegungs-

freiheit der Verbündeten auf ein Minimum einschränkt. Antiamerikanisch äussern sich schliesslich Protestler unterschiedlichster Provenienz, deren gemeinsamer Nenner ist, das Kind mit dem Bade auszuschütten: sie wollen den demokratischen Staat beseitigen oder erklären die westlichen Sicherheitsanstrengungen für unnütz, weil sie – häufig zu Recht – an einzelnen Missständen wie zum Beispiel den Umweltbeschädigungen Anstoss nehmen. So bestreiten der Bundesregierung Autorität und Gefolgschaft Gruppierungen mit den widersprüchlichsten Zielen: K-Gruppen und evangelische, auch katholische Christen (deren kirchlichen Vertretern Schmidt, danach auch Bundespräsident Carstens, unzulässige, weil mit ihrer Amts- und Lehrautorität unvereinbare Einmischung vorgeworfen haben); Jugendorganisationen der Koalitionsparteien (Juso, Judo), linke Flügel insbesondere der SPD, Alternative aller Couleur, Grüne, Hausbesetzer, Aussteiger, Kriegsdienstverweigerer, Kernkraftgegner, Konsum- und Wohlstandsgegner und sonstige Unzufriedene. Selbst vier sozialdemokratische Bundesminister, bezeichnenderweise der jüngeren Generation zugehörig, musste der Kanzler zur Ordnung rufen – wegen, wie es dann hiess, missverständlicher Äusserungen zum Nachrüstungsbeschluss.

Die meisten dieser Gegner der Außenpolitik des Kanzlers sind Bürgerbewegungen mit eigenen limitierten, vielfach ehrenwerten Zielen. Sie haben ihren Platz im gesellschaftlichen Panorama einer pluralistischen Demokratie, deren Selbstkorrektheit gerade in solchen Gegnerschaften liegt. Im Konfliktfalle – mit Giscard

zu reden: «When the chips are down» – werden die meisten von ihnen brav und eilig nach amerikanischem Schutz suchen. Gefährlich ist nur, wenn diese, vielfach naiv idealistischen Kräfte unbemerkt einer ferngelenkten Politik dienstbar werden, in unserem Falle dem unverhohlenen sowjetischen Bemühen, die Bundesrepublik als stärksten europäischen Verbündeten der USA zu verunsichern, so dass sie bei den Konsultationen um den gemeinsamen NATO-Kurs eine möglichst weiche Haltung einnimmt.

In den USA lösen diese Entwicklungen in der seit 25 Jahren als stabilste Land der Allianz betrachteten Bundesrepublik Unverständnis und Sorge aus. Die hintereinander in Washington defilierenden Minister Genscher, Apel, Graf Lambsdorff finden Zustimmung, wenn sie die deutschen Vorstellungen erläutern. Nach dem Urteil der grossen Zeitungen aber ist die Situation in der Bundesrepublik verworren, die Ostpolitik nicht existent, die Regierung ratlos. Und so erklären sich abweichende Stimmen, wie die des Sicherheitsberaters Allen, der den Europäern, insbesondere den Deutschen, Neutralitätsabsichten, pazifistische Gefühle und das Wiederauftauchen der «verächtlichen Slogans der fünfziger Jahre» wie «lieber rot als tot» vorwerfen.

Unruhige Jugend

Die innenpolitischen Spannungen drücken sich am deutlichsten in der Jugend aus, deren Opposition gegenwärtig die Bundesrepublik mehr beunruhigt als vergleichbare Staaten. Wo-

bei es vielleicht nicht in erster Linie um die Jugendlichen und ihr normales, jugendlicherregtes, über die Stränge schlagentes, engagiertes Verhalten geht, sondern um die ängstlichen, vielfach hysterischen Reaktionen und kraftmeiernden Überreaktionen der Erwachsenen, die den Ausschreitungen einen zu hohen Stellenwert einräumen, es an der aus Selbstvertrauen und Sicherheit entspringenden Gelassenheit aber fehlen lassen. Beispiele: einerseits die hoch emotionalisierten Diskussionen über Zwangernährung im Hungerstreik befindlicher Terroristen, die damit bessere Haftbedingungen und Anerkennung als Kriegsgefangene erpressen wollen; andererseits die übereilte Polizei-Aktion der Nürnberger Behörden, die 140 – grossenteils unschuldige, ja sogar unbeteiligte – jugendliche Demonstranten für Handlungen einsperren, die in anderen Bundesländern toleriert, ja angesichts viel schwererer nicht geahndeter Delikte praktisch ignoriert werden. Dabei lehren die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, dass die durch die Jugendlichen aufgebrachten Probleme nach einer gewissen Zeit sich von selbst erledigen (Notstandsgesetze, «Berufsverbot»), weil, wie ein japanischer Politiker es einmal anlässlich schwerer Studentenunruhen ausdrückte, «der Jugend bestes Teil darin besteht, älter zu werden».

Ungeachtet dieser Erfahrung ist es Mode geworden, die Jugend und ihre Handlungen «verstehen» zu wollen. Man begnügt sich nicht mehr mit dem klassischen Trost aus dem «Faust»:

«Wenn sich der Most auch ganz absurd gebärdet, es gibt zuletzt doch noch nen Wein.»

Jede Jugend muss sich einmal austoben, bevor sie sich in die Welt der Erwachsenen rangiert, deren grundlegende Gesetze sie so wenig ändern kann wie die vorherige.

Angesichts der veränderten Weltverhältnisse mit ihren Massenvernichtungswaffen, angesichts der «Grenzen des Wachstums», an die wir – vielleicht – angelangt sind, legt man in der Bundesrepublik (ganz anders als in Frankreich) den Unmutsäusserungen der Jugendlichen grössere Bedeutung bei als früher und sucht spezielle Motive für Proteste, Krawalle, Gewalttaten ausfindig zu machen. Man warnt vor der, wie es heisst, Kriminalisierung der Jugend, fordert den «Dialog» mit ihr, der die Proteste überflüssig machen soll. Jetzt hat sich sogar der Bundestag der Frage angenommen; die Parteien waren sich über die Ursachen der Unruhen einig, und man beauftragte eine Enquêtekommission – die wievielte wohl? –, Auswege auszuforschen – womit das Problem, jedenfalls parlamentarisch, vorerst begraben worden ist.

Die Protestfronten überlappen und überlagern sich gegenwärtig – Hausbesetzungen, Aktionen gegen Kernkraftwerke und gegen die Dislozierung der euro-strategischen Raketen. Wohnungsmangel ist ein wirtschaftliches Verteilungsproblem. Früher genügte die Bude bei Eltern oder Wirtinnen. Unter den heutigen Wohlstandsbedingungen geben sich die allein wohnen wollenden Jugendlichen mit einer Bude nicht zufrieden; aber es gibt auch keine oder zu wenig Vermieter, die ein überzähliges Zimmer abgeben würden; das lohnt ihnen nicht. Juristische Fragen spielen herein – Verstösse der Besitzer gegen die Sozialverpflichtungen

tung des Eigentums, Verstösse der Besetzer gegen das Eigentum. Aber durch Wohnungsbau ist der Anlass der Proteste jedenfalls auf Zeit zu beheben, auch wenn man im Zeitalter der steigenden Erwartungen bald mit höheren Ansprüchen und neuer Unzufriedenheit rechnen muss.

Die Proteste gegen Kernkraft und Nachrüstung und d. h. Atomnutzung und Atomwaffen sind anderer, nämlich grundsätzlicher und damit politischer Natur. Die Jugend beruft sich auf die nuklearen Gefahren und ihre ständige Angst vor der militärischen oder industriellen Katastrophe, einem vielfach schlimmeren Harrisburg oder Hiroshima, was wohl nur eine auf das Atom projizierte Lebensangst ist. Über diesen apokalyptischen Zukunftsvisionen verfallen nun die einen in Melancholie und Welt-Schmerz; die anderen werden gewalttätig; die dritten, die Aussteiger, Nachfahren der Hippies, reagieren mit der grossen Verweigerung, die in den USA längst überwunden ist. Ihr Verhalten erinnert an das Musical «Stop the World – I want to get out».

Die letzte – metaphysische – Ursache der Unzufriedenheit und Frustration der Jugendlichen liegt in ihrer Unfähigkeit, sich den Unvollkommenheiten und Bedingtheiten der *conditio humana*, der «gebrechlichen Einrichtung der Welt» (Kleist) zu stellen. Die sich artikulierenden Jugendlichen erklären, sie verzichteten gern auf den materiellen Wohlstand, an dessen Menge sich bisher aller Fortschritt mass und dessen sie überdrüssig zu sein glauben, halten sich aber für berechtigt, eine perfekte Welt zu fordern, einen Staat ohne Mängel mit gerecht verteilten Studentenwohnungen,

mit einer funktionierenden Wirtschaft ohne Kernkraftrisiko, mit einem Leben in Sicherheit ohne staatliche Sicherheitsmassnahmen. Sie bemerken nicht, dass sie mit dieser Perfektionsforderung noch völlig in der Gedankenwelt der fortschrittsfreudigen Vorfahren stehen und den verhönten Materialismus der Älteren damit noch übertreffen. Sie verwechseln Idealismus – «das Unmögliche fordern» im Sinne einer An- und Überspannung der eigenen Kräfte gemäss Pascals Satz «l'homme surpassé l'homme» – mit utopischem Wunschedenken ohne Rücksicht auf die Bedingtheiten irdischer Existenz. Daher ihr Vorwurf an die Älteren, sie hätten ihnen eine so miserable Welt der Gefahren, Feindschaften und Waffen hinterlassen, dass all ihre Forderungen gerecht fertigt seien. Als Antwort bleibt nur Goethes Ratschlag: «Der Teufel, der ist alt, so werdet alt, ihn zu verstehen.»

Welches Gewicht diesem Rückzug einzelner Gruppen der Jugend aus der Gesellschaft auf Dauer zukommen wird, lässt sich schwer ausmachen. Gegenwärtig bereitet er der Regierung jedenfalls beträchtliche Sorgen.

Weiterhin: Differenzierte Ost-West-Politik

Auf die vielfältigen innen- und aussenpolitischen Herausforderungen der letzten Monate reagierte Helmut Schmidt nach den US-Wahlen vorerst mit Abwarten, was ihm Urteile wie «Kanzler im Tief» (Spiegel) oder «The Melting of the Iron Chancellor» (Economist) einbrachte; der Macher, der Weltökonom, der Pragmatiker

hiess es, sei zum Cunctator geworden. Meinungsumfragen zeigten, dass die Koalition in der öffentlichen Gunst tief gesunken war.

Seit die Ost-West-Auseinandersetzung wieder deutlichere Konturen gewinnt, kämpft Schmidt erneut – innenpolitisch um seine Aussenpolitik, an deren Kurs er festhält; und aussenpolitisch mit Argumenten aus der Innenpolitik. Die SPD, deren innerer Zustand selten erbärmlich ist, sucht er auf Regierungskurs festzulegen, da der Vorsitzende Brandt, bevorzugt mit prestige-reicherer Tätigkeit in der Sozialistischen Internationale und im Nord-Süd-Dialog beschäftigt, dies nach des Kanzlers und ebenso nach des Fraktionschefs Wehner Meinung nur unvollkommen leistet. Die auf sozialdemokratische «Grundwerte» rekurrierende Linke Opposition von Eppler, Hansen, Copik und zahlreichen jüngeren Abgeordneten irritiert den Kanzler mit ideologischen Forderungen von der Ökologie bis zur Ablehnung des Nachrüstungsbeschlusses und dem heimlichen Hinweis, dass ein Rückzug in die Opposition der SPD vielleicht besser bekäme. Selbst mit dem Gespenst einer linken Abspaltung wird im Hinblick auf den Parteitag, der 1982 die grosse Konfrontation mit der Linken bringen soll, gedroht.

Diese innerparteilichen Auseinandersetzungen greifen auf die Koalition über. Walter Scheel, der letzte Bundespräsident und Ehrenvorsitzende der FDP, und Koalitions-Bundesminister Ertl haben wieder darauf hingewiesen, dass das Reservoir an Gemeinsamkeiten zwischen SPD und FDP sich zunehmend aufbraucht. In wesentlichen Fragen – Mitbestimmung, Waffenexport, soziale Ausga-

benpolitik, dirigistische Konjunkturankurbelung, Investitionsförderung, Energiepolitik – lassen sich nur noch Zeit-, Formel- oder faule Kompromisse erreichen. Schmidts Hauptargument in diesen Konflikten ist der Hinweis: «Nach mir – die CDU».

Dieses Argument dürfte Präsident Reagan nicht beeindrucken, der möglicherweise gegen eine CDU-geführte Regierung nichts einzuwenden hätte, obschon die aussenpolitischen Unterschiede im wesentlichen nur der Oppositionsrhetorik entstammen. Die deutsche Interessenlage wird von den beiden grossen Gruppierungen im wesentlichen kongruent eingeschätzt. Schmidt muss den amerikanischen Gesprächspartnern die eigene gemässigte Position darum mit Hinweis auf seine linken Gegner verdeutlichen. Selbst Verteidigungsminister Weinberger konnte sich bei den Diskussionen in der nuklearen Planungsgruppe dem Argument nicht verschliessen, dass der Nachrüstungsbeschluss politisch un durchsetzbar werden könnte, wenn die NATO nicht ernsthafte Verhandlungsbereitschaft zeigt. Schmidt in Foreign Affairs/Europa Archiv: «Ich sehe auch keinen Grund, von der Doppelstrategie der Allianz – Verteidigungsfähigkeit und Kooperationsbereitschaft – Abschied zu nehmen... Ein erstes Signal müssen die europäischen Allianzpartner setzen, indem sie die notwendigen Vorbereitungen zur Ausführung des Doppelbeschlusses treffen. Gleichzeitig aber müssen die Vereinigten Staaten mit Nachdruck auf Rüstungsbegrenzungsverhandlungen der Grossmächte hinarbeiten.»

Angehörige des State Departement drängen in den Kanzleien und Redaktionen Bonns und anderer europäi-

scher Metropolen, die Europäer sollten ihnen gegen die undifferenzierte Haltung des Weissen Hauses und des Pentagons helfen – was freilich nur Erfolg verspricht, wenn sie mit einer Stimme sprechen. Damit wird so gleich dafür geworben, dass die «Europa-Neutral-Opposition» zum Schweigen kommt. Wie zur Zeit der Moskau-Reise bleibt Schmidt bei seiner Politik, in Europa eine Zone der Ruhe zu erhalten, selbst wenn weltpolitisch eher stürmische Zeiten bevorstehen und die Bundesrepublik zwangsläufig das Schicksal der Alliierten teilt. Er klagt die Sowjets an, «bei ihrer Rüstung vom Grundsatz des militärischen Gleichgewichts abgewichen zu sein und in Afghanistan die ganze Völkergemeinschaft herausgefordert zu haben», begrüßt aber Breschnews Bereitschaft, «die Tür für Gespräche und Vereinbarungen offen zu halten».

Dieser Politik liegt eine pädagogische Hoffnung und Absicht zugrunde. Schmidt befindet sich in Äquidistanz zu der Konfrontationspolitik der «Einheit-des-Westens»-Theoretiker wie zur utopistischen der «Europa-Neutral»-Ideologen. Nach der Bonner Lehre soll, der Interpretation eines engen Kanzler-Mitarbeiters zufolge, unter allen Umständen der Dialog mit den Sowjets fortgesetzt werden, und obendrein Handel und Wandel, womit sie gleichsam handgreiflich an ihren Vorteil – Technologietransfer und Kredite aus dem Westen – erinnert werden sollen. Wirtschaftliche Interessenverflechtung soll beiderseitige Abhängigkeit hervorbringen. Durch entschiedene Vertretung der eigenen westlichen sicherheitspolitischen Positionen soll der Kreml zugleich lernen,

dass seine imperialistische Grossmachtpolitik ins 19. aber nicht ins späte 20. Jahrhundert gehört. Bonn hofft dabei auf Gehör, vielleicht gar Einsicht, weil angesichts der französischen Zurückhaltung und britischer Intransigenz unter den Europäern allein die an Entspannung interessierte Bundesrepublik das Gespräch mit Moskau für unverzichtbar und sinnvoll hält. Noch einmal Schmidt in Foreign Affairs/Europa Archiv:

«Der Sowjetunion soll der Weg geöffnet werden, den gefährlichen Fehler wieder rückgängig zu machen, den sie mit der Verschiebung des Gleichgewichts begangen hatte. Gleichzeitig schulden die Allianzpartner ihrer eigenen Öffentlichkeit den Nachweis, alles zu unternehmen, um das unkontrollierte Anwachsen nuklearer Arsenale zu stoppen, deren Gefahren man gerade in der Bundesrepublik Deutschland schon aus geographischen Gründen besonders deutlich sieht.» Schmidt hält an dem Ziel eines Interessenausgleichs mit dem Osten fest, der nur erreicht werden kann, falls der Westen Festigkeit beweist und bei seiner Gleichgewichtspolitik bleibt. Die Fehlkalkulation Afghanistan hat die Sowjets immerhin gelehrt, in Polen die äusserste Zurückhaltung zu üben. Die Selbsteinladung Breschnews nach Bonn bestärkt den Kanzler in seiner Auffassung, dass das Ost-West-Verhältnis nur in Doppelstrategie gemeistert werden kann: «Ich habe den Eindruck gewonnen, dass das Verständnis der Kreml-Führer für die langfristigen Aufgaben einer weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenarbeit wächst.» Der Begriff Entspannung ist aus dem politischen Vokabular verschwunden, aber Schmidt zielt in der

Substanz weiterhin auf eine – selektive, auf Europa beschränkte – Entspannung. Ohne sie glaubt er eine Zustimmung der Bevölkerung für seine

NATO-verpflichtete Aussenpolitik nicht erreichen zu können.

Peter Coulmas

LESSINGS THEATER IM KINO

Eines der frühesten politischen Dramen der neueren deutschen Literatur, das Trauerspiel «*Emilia Galotti*» von *Gotthold Ephraim Lessing*, ist als erstes Werk des Dichters für den Film bearbeitet worden. Nach der Vorlage des antiken Historikers Titus Livius gestaltete Lessing nach seinen eigenen Worten «*das Schicksal einer Tochter, die von ihrem Vater umgebracht wird, dem ihre Tugend wert ist als ihr Leben*¹». Das fünfaktige Stück wurde 1772 uraufgeführt. Es ist kunstvoll aufgebaut, fand aber weder in der Klassik noch in der Romantik Gnade bei Kritik und Publikum.

Und in der Filmfassung? Die deutsche Biograph Film Produktion modellierte ein Kinostück in zwei Akten, das 1913 über die Leinwand flimmerte. In der Filmbranche nannte man damals die Teile eines Films Akte; die Reklame bediente sich dieser Bezeichnung häufig, um die angebliche Verwandtschaft von Film und Theater zu dokumentieren und damit das Kino aufzuwerten.

Der Kritiker der Schweizer Zeitschrift «*Kinema*» war der Ansicht, Lessings «*Emilia Galotti*» hätte «*nicht auf die weisse Wand gebannt werden*» sollen². Er räumte zwar ein, der Film gäbe das Milieu ganz vortrefflich wieder, und es könne «*überhaupt vom rein kinematographischen Standpunkt aus eine Meisterleistung*» registriert

werden. Aber er empfahl dann doch: «*Die Meisterwerke unserer Klassiker lasse man ruhig da, wo sie allein hingehören – auf der Schaubühne*³.» Die Autoren der Verfilmung hätten sicher eine Reformtat im Auge gehabt, aber es wäre verkehrt, im Bestreben, neue Wege einzuschlagen, auf Dichtungen zu verfallen, die im Kino nicht existenzberechtigt seien.

In einer Artikelfolge zum umstrittenen Thema Theater und Kino nahm der Schriftsteller *Karl Bleibtreu*⁴ zur eben herausgebrachten Lessing-Verfilmung Stellung. «*Die Handlung an sich kam lückenlos heraus, wobei der Bearbeiter sich Freiheiten herannahm, über die man gemischter Meinung sein kann*⁵.» Eine dieser Freiheiten besteht darin, dass in der Filmversion Emilia den Werbungen des Prinzen Hettore Gonzaga gegenüber nicht unempfindlich bleibt, während Lessing diese Zuneigung nur andeutet. Der Rezensent betrachtete dies nicht als «*Verböserung*» des Stoffes. Er vertrat sogar die Meinung, dem durchschnittlichen Kinobesucher, der das Stück nicht kenne, würde ohne diese Verdeutlichung manches nicht klar, da die Zwischentitel sehr sparsam in der Aussage seien. Dies scheine aber sehr unwesentlich, denn: «*das Ganze wird mit den vielen episodischen Filmzusätzen ungleich fasslicher und anschaulicher als im Original. Es hat*

dramatisch viel Wert, dass wir den Prinzen in der Messe bei Emilia und dass wir Appianis Ermordung sehen. Das alles spart unnütze Worte und Auseinandersetzungen.» Voll des Lobes ist Bleibtreu über die Regie: «*Vor allem verbreitet die Inszenierung einen historischen Milieugeruch, Italien und Zopfzeit vereint, den man nie auf einer Bühne einatmen kann⁶.*»

Bei aller Anerkennung des Geleisten fällt auch Bleibtreu ein negatives Urteil über diese Literaturadaptation: «*Ja, gewiss fehlen viele Feinheiten, weil die Worte fehlen, die Orsina ist eine gewöhnliche Rachsüchtige, nicht die originelle femme supérieure Lessings, kurz, es ist nicht Lessings Meisterwerk, weil eben dessen Reiz ausschliesslich in der Sprache und Charakteristik beruht.*»

Lessings «*Emilia Galotti*» ist von *Hubert Moest* 1918 nochmals in Deutschland verfilmt worden. Dann blieb es still um das Stück, bis *Martin Hellberg* 1958 den Stoff in einem Defa-Film verarbeitete. Sowohl der Staat wie die Kritik setzten der Adaptation hart zu. Das DDR-Ministerium für Kultur rügte das «*Fehlen eines Klassenstandpunktes*», aber auch den Umstand, dass der Regisseur «*aus Liebe zu filmisch wirksamen, äusseren Details solche in den Vordergrund rückt, die heute als Elemente der klerikal-religiösen Propaganda wirken*⁷».

Weshalb diese Rüge? Sie bezieht sich auf das ursprüngliche Schlussbild der «*Galotti*»-Filmfassung, in dem die Kamera ein die Höllenfahrt sündiger Seelen darstellendes Gemälde erfasste; dazu erklang eine an die Posaunen des Jüngsten Gerichts gemahnende Musik. Die staatliche Abnahmekommission verlangte eine Änderung, der Hellberg

insofern nachzukommen versuchte, indem nun zu dem Bild Fanfarenvariationen der «Internationalen» erklangen. Aber auch dies genügte noch nicht. Gemälde und Fanfaren mussten ganz weg.

*

«*Just zu Ostern trifft aus Deutschland ein Film ein, der wie kein zweiter in die Zeit dieses Festes passt. Denn es ist ein Werk der Völkerversöhnung, ein Film, der den Friedensgedanken propagiert.*» Mit diesen Worten kündet der Korrespondent der «*Revue Suisse du Cinéma*⁸» die Filmbearbeitung von Lessings fünfaktigem Versdrama «*Nathan der Weise*» an, die am Ostermontag des Jahres 1923 in Zürich gezeigt wurde. Des Dichters lehrhaftes Sinngedicht – 1783 in Berlin uraufgeführt – habe «*eine ausgezeichnete Verbildung gefunden dank der literarischen Mitarbeit des Dramatikers Hans Kyser*⁹», eines der wenigen Literaten, die auch als Drehbuchschreiber reüssierten.

Regisseur dieser Verfilmung, die von den Kinofeinden als «*unerhörter Frevel der Filmindustrie*¹⁰» bezeichnet wurde, war *Manfred Noa*, der ein Jahr später einen Monumentalfilm über Homers «*Ilias*» drehen sollte. Noa liebte Massenszenen, die hier im «*Nathan*» nach Ansicht der Kritik wirkungsvoll und grosszügig waren: «*Im Grossen die pomöse Geste und im Kleinen die liebevolle Behandlung jeder Einzelheit*¹¹.»

Der junge Dramatiker *Arnolt Bronnen*, ein Freund Bertolt Brechts, lobte im «*Berliner Börsen-Courier*», man sähe «*zum ersten Mal einen Stil im Film*¹²». Das Drehbuch folgte im grossen und ganzen dem Lessingschen Stück, ergänzte die Handlung aber

durch einige Episoden. Was bedeutet das? Dazu Werner Krauss, der Träger der Titelrolle: «*Dieser Film zeigte die ganze Geschichte, die von Nathan erzählt wird, die Vorgeschichte, wo Nathan eine Frau hat, wo alle in der Synagoge sind und seine ganze Familie verbrennt, alles wurde gezeigt*¹³.» Es ist dies der Auftritt, in dem sich Nathan mit dem Klosterbruder unterhält:

*Ihr tragt mich mit dem Kinde zu Darun.
Ihr wisst wohl aber nicht, dass wenig
Tage
Zuvor in Gath die Christen alle Juden
Mit Weib und Kind ermordet hatten;
wissst
Wohl nicht, dass unter diesen meine
Frau
Mit sieben hoffnungsvollen Söhnen
sich
Befunden, die in meines Bruders
Hause,
Zu dem ich sie geflüchtet, insgesamt
Verbrennen müssen*¹⁴.

Im Zentrum von Lessings Stück steht die Ring-Parabel, mit der Nathan die Frage des Sultans nach der Wahrheit beantworten will. Dieser Höhepunkt ist im Film eine fast schattenhafte Episode geblieben. «*Mir scheint das kein Mangel, sondern eher ein Vorzug des Films zu sein*», so der Rezensent der «Schweizer Kino-Zeitschrift», denn «*sowohl Manfred Noa, der treffliche Regisseur, als der Textdichter Kyser mussten erkannt haben, dass die innerlichen Worte der Ringerzählung nicht in Bilder gepresst werden können*¹⁵.»

Lob spendete man auch dem Architekten, der das alte Jerusalem mit einer aussergewöhnlichen Sorgfalt und Liebe aufgebaut habe. Kaum eine

Szene habe es gegeben, in der man das Gefühl einer künstlichen Stadt gehabt hätte.

An der Uraufführung in Berlin geizte das Publikum nicht mit Applaus. «*Wohlverdienter und starker Beifall zeichnete alle Beteiligten aus. Ohne Zweifel ein Film, auf den die bayerische Filmindustrie stolz sein kann, denn er ist künstlerisch wertvoll und – geschäftssicher zugleich*», urteilte ein Fachblatt¹⁶.

*

Lessings populärstes Stück, das 1767 entstandene Lustspiel «*Minna von Barnhelm oder Das Soldatenglück*», fand bis jetzt dreimal den Weg ins Kino. Während aber von den beiden vorgenannten Schauspielen schon sehr früh, noch zur Stummfilmzeit, Filmversionen entstanden, kam die «*Minna*» erst in der Tonfilmära zu Kinoehren. Als Deutschland bereits im Zweiten Weltkrieg stand, inszenierte Hans Schweikart 1940 das Lustspiel, das von der Liebe einer sächsischen Gutstochter zu einem preussischen Offizier handelt. Die Verfilmung erhielt den Titel «*Das Fräulein von Barnhelm*». Die Bearbeitung ist keine werkgetreue Übernahme von Szeneneinteilung und Dialog, keine Theaterdokumentation. Die Zeit des Siebenjährigen Krieges von 1756 bis 1763 zwischen Österreich und Preussen um den Besitz Schlesiens wurde indessen genau rekonstruiert. Käthe Gold spielte die Minna, Ewald Balser den Major von Tellheim. Die Kritik lobte vor allem Käthe Gold als «*eine Minna voll schönster Gefühle*».

In einigen Grundstrukturen schliesst sich der Film an die Vorlage an, urteilt

Alfred Estermann in seiner grossangelegten Untersuchung über die Verfilmung literarischer Werke¹⁷. Er fügt aber auch hinzu, daneben stehe vieles, was mit der Dichtung nichts mehr zu tun habe, was von ihr fortführe. Der «Zweiteilung» der Figur im Drama mit ihrer Trennung in Sein und Schein stehe die wesentliche Einheit der Filmfigur gegenüber. Andeutungen, die zum Mitfolgen und Verknüpfen reizten, seien gestrichen, dafür werde eine al-fresco-Manier angewandt, die das Nötige stets in extenso sage oder zeige. «Wirklichkeit» stehe gegen Wirkendes – eine Feststellung, die wohl auf viele Literaturverfilmungen zutrifft.

Zwanzig Jahre später, 1960, kam die «Minna» erneut in die Kinos – jetzt aber als Musical unter dem Titel «*Heldinnen*». Regisseur *Dieter Haugk* stiess mit seinem Erstling nicht überall auf eitel Zustimmung. Die einen lehnten die Musikversion von Lessings Lustspiel ab – nicht weil sie sich über die Tatsache ärgerten, dass der «Klassiker» in dieser lockeren Form interpretiert wurde, sondern weil sie diese Form an sich verwarfene. Die andern spendeten dem leichtfüssigen und oft turbulenten Opus unverhohlenes Lob, wohl in der Hoffnung, es möchte sich eine neue Filmart in Deutschland etablieren.

Die «*Heldinnen*» sind kein Meisterwerk, erfreuten aber durch das kecke Spiel der beiden Hauptdarstellerinnen Johanna von Koczian als Franziska und Marianne Koch als Minna. Die Veränderung sei arg, meinte der «*Film-Dienst*», räumte aber ein, «doch durchgehend so geschickt, dass vielleicht nicht jeder Deutschlehrer, aber gewiss Gotthold Ephraim Lessing ins Schmunzeln geraten könnte¹⁸».

Zurückhaltender ging es dagegen wieder in der Defa-Verfilmung des DDR-Regisseurs *Martin Hellberg* zu, der ja schon die «*Emilia Galotti*» für das Kino bearbeitet hatte. Bei der «*Minna von Barnhelm*» (1962) verhinderte der Realisator gefährliche Seitenfade und blieb dem literarischen Original so nahe, wie es ein Film erlaubt.

Die Lessing-Verfilmungen zeigen kein ungetrübtes Bild. Aber ein ehrliches Bestreben, das Werk des Dichters der Aufklärung einem breiten Kinopublikum angemessen zu präsentieren, ist anzuerkennen¹⁹.

Ernest Prodolliet

¹ Lessing an Christoph Friedrich Wilhelm Nicolai am 21. Januar 1758. –

² Kinema (Zürich), Nr. 14, 1913. – ³ ebenda. – ⁴ Karl Bleibtreu (1859–1928), Dramatiker, Erzähler, Kritiker und Übersetzer. – ⁵ Kinema (Zürich), Nr. 17, 1913.

– ⁶ ebenda. – ⁷ Heinz Kersten: 15 Jahre DEFA. In: Der Monat, Mai 1961, S. 60. –

⁸ auch: Schweizer Kino-Zeitschrift, Nr. 14, 1923. – ⁹ Hans Kyser (1882–1940) war auch Autor des Faustfilms (1926) von Friedrich Wilhelm Murnau. – ¹⁰ nach Karl Erny, in: Die Koralle (Zürich), Nr. 8, 1923. – ¹¹ ebenda. – ¹² zitiert nach:

Hätte ich das Kino! Der Schriftsteller und der Stummfilm. Deutsches Literaturarchiv, Marbach a.N., 1976, S. 243. –

¹³ Werner Krauss: Das Schauspiel meines Lebens. Stuttgart 1958, S. 76 f. – ¹⁴ Nathan der Weise, 4. Aufzug, 7. Auftritt. –

¹⁵ Revue Suisse du Cinéma, Nr. 14, 1923. – ¹⁶ Zappelnde Leinwand (Zürich), Nr. 1/2, 1923. – ¹⁷ Alfred Estermann: Die Verfilmung literarischer Werke. Bonn 1965.

– ¹⁸ Film-Dienst, Besprechung Nr. 9508. –

¹⁹ Über eine Verfilmung des 1755 entstandenen bürgerlichen Trauerspiels «Miss Sara Sampson» (1919, Regie: Adolf Abter) ist wenig bekannt.